W. Hudson

Die kapitalistische Gesellschaft

Kapitalismus ist Warenwirtschaft, d.h. alle Güter, die im gesellschaftlichen Leben in Erscheinung treten, sind käuflich und verkäuflich und deshalb Waren. Selbst die menschliche Arbeitskraft trägt diesen Warencharakter, denn der arbeitsfähige Mensch muß zur Erhaltung seiner selbst diese gegen Lohn verkaufen.

> "Die Existenz einer Klasse, die nichts besitzt als ihre Arbeitsfähigkeit, ist eine notwendige Voraussetzung des Kapitals." (Marx)

Es ist weiter ein wesentliches Merkmal des Kapitalismus, daß die arbeitenden Massen, die allen gesellschaftlichen Reichtum erzeugen, kein Verfügungsrecht über die von ihnen geschaffenen Güter haben, sondern das Verfügungsrecht darüber liegt bei den Besitzern der Produktionsmittel, die die menschliche Arbeitskraft ausbeuten.

Der direkte Zweck der kapitalistischen Wirtschaft ist nicht ein auf die Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse eingestellter Wirtschaftsprozeß, sondern die Produktion von Mehrwert - Profit. Dieser M e h r w e r t wird dadurch erzeugt, daß der Lohnarbeiter über die zur Reproduktion seiner Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit, deren Wert sich in der dafür erhaltenen Lohnsumme ausdrückt, hinaus a n d e r e A r b e i t, die bezahlt scheint, leistet und so neuen zusätzlichen Wert - M e h r w e r t - schafft. Diesen Mehrwert eignet sich die kapitalistische Klasse an, verwandelt ihn in Kapital und legt ihn dadurch zu neuer Mehrwertbildung an. Nur durch die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft ist Kapital entstanden und deshalb ist die Lohnarbeit als Quelle der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen die Grundlage des Kapitalismus.

> "Die Herrschaft der aufgehäuften, vergangenen, vergegenständlichten Arbeit über die unmittelbare, lebendige Arbeit macht aufgehäufte Arbeit erst zu Kapital. Das Kapital setzt die Lohnarbeit und die Lohnarbeit setzt das Kapital voraus. Sie bedingen sich wechselseitig, sie bringen sich wechselseitig hervor. Kapital und Lohnarbeit sind zwei Seiten ein und desselben Verhältnisses." (Marx)

Indem im kapitalistischen Lohnsystem nur ein Teil der tägl. Arbeit bezahlt wird, während der andere Teil den Mehrwert darstellt, ist Kapital vorwiegend Kommando über unbezahlte Arbeit.

Lohnarbeit und Mehrwertproduktion als Urquelle des Kapitals enthalten aber auch die Widersprüche des Kapitals, die sich mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte zu vernichtender Wirksamkeit entfalten. Die [illegible]

wurf steht in keinem Verhältnis zur vorhandenen Konsumkraft der Massen, es sind mehr Waren produziert worden, als abgesetzt werden können. Die Menge der nicht absetzbaren Waren hat sich vergrössert. Zur Überwindung dieser inneren Widersprüche muß er weiter versuchen, seine Absatzmärkte zu erweitern, und er vergrössert dabei nur die kapitalistische Konkurrenz. Je mehr sich die Produktionskraft dabei entwickelt, umso mehr gerät sie in Widerspruch zu ihrer engeren Basis, worauf die Konsumtionsverhältnisse beruhen. Dieser Widerstreit aller Elemente des sich entwickelnden Kapitalismus führte in der Vorkriegszeit zu jenen großen Handels- und Überproduktionskrisen, die periodisch die kapitalistische Welt erschütterten. Ihre Überwindung war nur möglich durch eine noch intensivere Erschließung des Erdballs durch den Kapitalismus, der zur Bildung des Weltkapitalismus führte. Mit der Bildung des Weltkapitalismus aber war der Punkt der kapitalistischen Entwicklung erreicht, wo die Überwindung seiner inneren Widersprüche mit den alten Methoden nicht mehr möglich war. Das Kapital selbst wurde zur Schranke der kapitalistischen Entwicklung und zu einem unübersteigbaren Hemmnis der Höherentwicklung der menschlichen Gesellschaft überhaupt. Die Krise wurde zum Lebensinhalt des Kapitalismus und seine Überwindung gebieterisch notwendig.

Die Entwicklung zum Staatskapitalismus

Die Weltwirtschaftskrise hat mit ihrer weitgehenden Zerstörung der sozialen Lebensbedingungen in allen modernen Ländern somit offenbart, daß der Kapitalismus keine Basis für den Fortschritt der menschlichen Gesellschaft mehr ist. Diese elementare Tatsache bedeutet aber nicht, daß nun auch der Endpunkt der kapitalistischen Entwicklung erreicht ist. ~~xxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxxx~~ Der innere Umformungsprozeß des Kapitalismus (Konzentration und Zentralisation) wird durch die gegenwärtige Weltkrise nicht nur nicht aufgehalten, sondern bekommt gerade durch die wirtschaftliche Niedergangsbewegung einen mächtigen Antrieb. Die Krise selbst, die schon allgemein die materiellen Existenzbedingungen der kapitalistischen Produktionsweise verändert hat, macht eine dementsprechende strukturelle Umwandlung des Kapitalismus zur Lebensnotwendigkeit für die bürgerliche Gesellschaft. Solche Veränderung der Struktur des Kapitalismus (die allerdings nur eine gewisse Verlagerung der Krise zeitigen kann) ist ebenso eine geschichtlich bedingte Erscheinungsform der Weltwirtschaftskrise, wie andererseits der allgemeine Zerfall der sozialen Basis. Die Dauerkrise zwingt den Kapitalismus, den anarchistischen planlosen Zustand seines Systems (d.h. die privatwirtschaftliche Zerrüttung seiner Produktionsweise) soweit als möglich aufzuheben, um eine rationelle Ausnutzung der durch die Weltkrise stark verringerten Profitmöglichkeiten zu gewährleisten. Die kapitalistische Anarchie besteht bekanntlich trotz aller bisherigen Konzentration des Kapitals in einer planlosen Produktion, die lediglich auf augenblickliche Konjunkturbedingungen eingestellt ist und dadurch periodisch immer zu einem unabsetzbaren Warenüberschuß führt. Endlich:

> "... werden zuviel Waren produziert, um den in ihnen enthaltenen Wert und darin eingeschlossenen Mehrwert unter den durch die kapitalistische Produktion gegebenen Verteilungsbedingungen und Konsumtionsverhältnissen zu realisieren und in neues Kapital rückverwandeln zu können, d.h. ... ohne beständig wiederkehrende ..."

die tatsächlichen Marktverhältnisse erreicht worden. Diese Frage ist infolge der Krise von so ausschlaggebender Bedeutung, daß ihre Lösung diktatorische Maßnahmen in Gestalt politischer Eingriffe in den Wirtschaftsprozeß erforderlich macht. Der ökonomische Umwandlungsprozeß, der dabei zwangsläufig vor sich geht, steht im Zeichen staatskapitalistischer Tendenzen.

Die Anfänge der staatskapitalistischen Entwicklung liegen bereits in der Vorkriegszeit, wo mit der Bildung von Aktiengesellschaften die gebundene Wirtschaft und der anonyme Kapitalist entstanden. Die industrielle Hochdruckperiode mit ihrer schrankenlosen Kreditaufblähung, sowie die Handelskrisen mit ihrem Zusammenbruch privatkapitalistischer Unternehmen trieben zu dieser Form der Vergesellschaftung von Produktionsmitteln. Auf der weiteren Stufenleiter der Kapitalskonzentration und Vergesellschaftung (die letztenendes die Ablösung des Kapitalismus überhaupt notwendig macht und die unmittelbaren Voraussetzungen dazu schafft) erfolgt die Trustbildung, die für bestimmte Waren ein Produktions- und Preis-Monopol herstellte. Der Trust ist schon der Versuch einer Produktionsregulierung im Rahmen eines Industriezweiges, der aber scheitern mußte an dem wachsenden Gegensatz zwischen gesellschaftlicher Produktion und privatkapitalistischer Aneignungsweise. Der normale Fortgang des Konzentrationsprozesses drängt schließlich zur staatskapitalistischen Umformung als folgerichtigen Abschluß der Entwicklung des Kapitalismus. Denn je umfassender die Zentralisation der Produktionsmittel und damit die Vergesellschaftung der Arbeit werden, d.h. je mehr Privatkapital in Gesellschaftskapital verwandelt wird, desto mehr steigert sich der Grundwiderspruch der kapitalistischen Wirtschaftsweise zum Widersinn und löst krisenhafte Erschütterungen von verheerender Art aus. So sprengt die Monopolisierung - die im Bunde mit hochentwickelter Technik und Chemie eine gewaltige Umwälzung der Produktionsmethoden bewirkt hat - mit ihrer ungeheuren Ausdehnung der Produktion, die weit über die Möglichkeit der Marktausdehnung hinausgeht, immer ungestümer den zu eng gewordenen Rahmen der bürgerlichen Eigentumsordnung und erfordert gebieterisch eine neue Form des ökonomischen Unterbaues, damit der Lebenszweck der Kapitalwirtschaft, die Erzeugung von Mehrwert, auch unter den veränderten Existenzbedingungen sich erfüllen kann. In der Phase des allmächtigen Kapitalmonopols ist die staatskapitalistische Wirtschaftsweise diejenige ökonomische Basis, die sich mit dem Vergesellschaftungsprozeß zwangsläufig herausbildet und das historische Endstadium des Kapitalismus bedeutet. Karl Marx hat diese Entwicklung klar vorausgesehen und kennzeichnet sie u.a. folgendermaßen:

> "Bildung von Aktiengesellschaften bewirkt ungeheure Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion und Unternehmungen, die für die Einzelkapitalisten unmöglich waren. Solche Unternehmungen werden gesellschaftliche. Das Kapital, das an sich auf gesellschaftlicher Produktionsweise beruht, und eine gesellschaftliche Konzentration von Produktionsmitteln und Arbeitskräften voraussetzt, erhält hier direkt die Form von Gesellschaftskapital, im Gegensatz zum Privatkapital, und seine Unternehmungen treten auf als Gesellschaftsunternehmungen im Gegensatz zu Privatunternehmungen. E s i s t d i e A u f h e b u n g d e s K a p i t a l s a l s P r i v a t e i g e n t u m i n n e r h a l b d e r G r e n z e n d e r k a p i t a l i s t i -

von Kapitaleigentum, also auch die Arbeit gänzlich getrennt vom Kapitaleigentum an den Produktionsmitteln und an der Lohnarbeit. Sie ist das Resultat der höchsten Entwicklung der kapitalistischen Produktion ein notwendiger Durchgangspunkt zur Rückverwandlung des Kapitals in Eigentum der Produzenten aber nicht mehr als das Privateigentum vereinzelter Produzenten, sondern als unmittelbares Gesellschaftseigentum. Es ist andererseits Durchgangspunkt zur Verwandlung aller mit dem Kapitaleigentum bisher noch verknüpften Funktionen im Reproduktionsprozeß in bloße Funktionen der associierten Produzenten in gesellschaftliche Funktionen. Es i s t d i e s d i e A u f h e b u n g d e r k a p i t a l i s t i s c h e n P r o d u k t i o n s w e i s e s e l b s t und daher ein sich aufhebender Widerspruch, der prima facie als bloßer Übergangspunkt zu einer neuen Produktionsform sich darstellt." (Kapital 3.)

Die Weltkrise ist ein treibendes Element der staatskapitalistischen Entwicklung, die schon international vor sich geht. Ja, der Staatskapitalismus wird heute gerade in erster Linie bedingt durch die Krisenverhältnisse, deren Überwindung angestrebt wird durch die Aufhebung der privatkapitalistischen Anarchie mit Hilfe der staatlichen Wirtschaftsplanung. Die Krise hat den Kampf um die Weltmärkte und Rohstoffgebiete gesteigert und damit die machtpolitischen Gegensätze ungeheuer verschärft. Die notwendige Folge davon ist die allgemeine Aufrüstung, die aber nur möglich ist bei wirtschaftlicher Mobilisierung der ganzen Nation, vor allem industriell. Die Entwicklung wird noch beschleunigt durch das Auftreten neuer mächtiger Konkurrenten, wie z.B. Japan, wobei zunächst ein Anwachsen der nationalen Gegensätze und ein Zurückziehen der Nationen auf sich selbst zu verzeichnen ist, was aber nicht unbedingt zu einer kriegerischen Zuspitzung der Verhältnisse führt, sondern der Weg geht folgerichtig später zur Großraumwirtschaft und Überwindung des nationalen Gegensatzes. Unter diesen besonderen von der Weltkrise geschaffenen Umständen setzt der Staatskapitalismus nicht unbedingt höchstentwickelte Produktionskräfte voraus, sondern nur eine für den P r i v a t kapitalismus bestimmte ausweglose Krisensituation an sich. Ebenso ist nicht erforderlich die juristische Aufhebung des Privateigentums, es genügt hier schon die Einschränkung der privatkapitalistischen Rechte durch staatliche Lenkung der Produktion. Zwingende Voraussetzung des Staatskapitalismus international ist heute die Ausweglosigkeit der nationalen Krisenlösung infolge internationaler Kapitalverflechtung (gegenseitige Abhängigkeit von Rohstoffen und Absatzmarkt). Über öffentliche Subventionierung bankrotter Industrien und Banken, über Produktionsvorschriften, Außenhandelsüberwachung, Gewinnbeschneidung usw. geht ökonomisch die staatskapitalistische Entwicklung. Wohl sind die äußeren Merkmale in den einzelnen Ländern entsprechend wirtschaftlicher Besonderheiten verschieden. Durch die Grundtendenz ist die gleiche, nämlich Einengung der privatkapitalistischen Handlungsfreiheit, staatliche Wirtschaftsplanung, totale Mobilmachung der Nation. Richtige Beispiele hierfür sehen wir im Weltmaßstabe: Nordamerika sucht durch den Roosevelt-plan (Nira) die wirtschaftliche Unordnung zu überwinden. Im Vordergrund stehen staatliche Arbeitsbeschaffung, Sozialversicherung und Beseitigung der Geldherrschaft einer kleinen Kapitalistenkaste, die durch übermäßige Profite eine ungerechte private Macht über öffentliche Angelegenheiten ausübt. Ähnlich

sozialen, wirtschaftlichen und industriellen Geschicke des Volkes zu leiten sowie "unverzüglich" die Gesamtstärke der Nation für ihre Ausdehnungsziele in der Welt zu erhöhen". (Mussolini)

In England wird die Frage einer Reformierung der ökonomischen Ordnung durch Eingreifen des Staates immer aktueller. An der Spitze der Bewegung steht Lloyd Georges, der eine "umfassende Landes- und Weltreichplanung nach den Bedürfnissen der Nation" als Ziel proklamiert hat. In Frankreich hat das Kabinett Flandin einen Industrieplan aufgestellt und Maßnahmen gegen die Getreidespekulation ergriffen, um das Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsumtion wieder herzustellen. Die Regierung Mexikos hat den Munitionsarbeitern die Munitionsfabriken überlassen, die nun in Produktionsgenossenschaften umgewandelt sind.

Japan errichtet ein System des Militärsozialismus, bei dem durch ökonomische und soziale Reorganisation alle gesellschaftlichen Kräfte für die Sicherung der Nation mobilisiert werden.

Die staatskapitalistische Entwicklung, deren internationale Zwangsläufigkeit sich aus der Weltkrise selbst ergibt, drängt auch zur Bildung von Großraumwirtschafts-Blöcken als nächsten Versuch der Krisenüberwindung. Es ist besonders der verschärfte Kampf um die Rohstoff- und Absatzgebiete, der den kontinentalen Zusammenschluß erfordert, um die Schlagkraft gegenüber den Konkurrenzmächten zu erhöhen. So sind fünf Großräume in der Formung begriffen: Pan-Amerika, das Britische Weltreich, Osteuropa, die Sowjetunion und schließlich Kontinental-Europa mit seinen afrikanischen Kolonien.

In Deutschland weist die kapitalistische Umgestaltung folgende Hauptmerkmale auf: Das Bankwesen steht schon seit dem großen Finanzkrach 1931 unter staatlicher Kontrolle, die inzwischen verschärft wurde durch Überwachung des Devisenverkehrs und des Kreditgeschäfts (verbunden mit einer allgemeinen Zinssenkung). Durch das Reichsnährstandgesetz gibt der Staat Vorschriften über die Arten der landwirtschaftlichen Produktion (betr. Aussaat, Anbauflächen) und garantiert bei Durchführung feste Mindestpreise sowie Absatz bis zu 75%. Das Verfügungsrecht der Bauernschaft über ihre Produkte ist damit stark eingeschränkt. In der industriellen Wirtschaft regelt der Staat die Verteilung der eingeführten Rohstoffe, zentralisiert die Warenausfuhr und organisiert die Ersatzstoffproduktion (Textilien, Ölfrüchte, chemische Treibstoffe usw.). Die Braunkohlenwirtschaft ist neben der Steinkohle etc. unter Staatsaufsicht gestellt mit dem Ziel, die chemische Treibstofferzeugung zur Versorgung der Wehrmacht durch die "Braunkohle-Benzin A.G." zu sichern, wie überhaupt die starke Abhängigkeit Deutschlands vom ausländischen Markt (1933 bis zu 73,7%) zu überwinden. Die Herstellungskosten für Rüstungsmaterial überwacht der Staat, indem das Reichswehrministerium eigene Preiskalkulationen an die Lieferfirmen einreicht. Der Produktionskontrolle und -Senkung dient auch die sofortige Überführung der Bergwerke und Hüttenbetriebe, der Kohlengebiete in Kohlenbesitz nach der Machtgabe. Die privatkapitalistische Verwaltung der Profite ist gesetzlich begrenzt, die Aktiengesellschaften dürfen nur noch eine Dividende bis zu 6 oder höchstens 8 Prozent ausschütten, aus der restlichen Profitmasse wird ein Fonds ("Ausgleichsstock") gebildet, über den die staatliche Reichsbank [illegible] Bestimmungsrecht hat. Die staatskapitalistische

sein Rüstungsstreben, das zur Herstellung der nationalen Selbständigkeit in Kriegszeiten eine planmäßige Wirtschaftsweise erfordert. Deshalb auch das spezielle Interesse der Reichswehrleitung am wirtschaftlichen Umbau. Die ökonomische Neugestaltung bedeutet aber durchaus nicht allgemeine Verstaatlichung. Ausschlaggebend ist schon der bestimmte Einfluß des Staates in den lebenswichtigen Wirtschaftszentren (Schlüsselindustrien, Bankwesen, Landwirtschaft, chemische Industrie usw.), von denen ja die übrigen Produktionszweige abhängig sind. Klassische Staatsauffassung "der Staat am Steuer der Wirtschaft" (Schacht), ist das moderne staatskapitalistische Prinzip.

-im in der Geschichte jede Veränderung der ökonomischen Grundlage eine Umgestaltung aller Einrichtungen der Gesellschaft zur Folge hat, bedingt auch die staatskapitalistische Entwicklung eine Umwälzung des gesellschaftlichen Überbaus, d.h. der politische, sozialen, juristischen, kulturellen Einrichtungen usw. Die parlamentarische Demokratie des liberalistischen Stadiums, die ein Feld innerpolitischer Kämpfe ist, wird abgelöst durch ein Regime der eisernen Diktatur; denn der Staatskapitalismus braucht zu seiner Existenz die Umschmelzung der gesellschaftlichen Interessen durch eine autokratische nationalistische Ideologie, die im Gegensatz zur nationalen Vereinsmeierei des Bürgertums alle Schichten für das Ziel der Erhaltung der Nation zusammenschweißt.

Der italienische Faschismus ist das mustergültige Diktatur-Instrument zur N a t i o n a l i s i e r u n g d e r G e s e l l s c h a f t . In anderen Ländern verschärft sich der Kampf um eine neue staatliche Machtorganisation in dem Maße, wie die Wirtschaftskrise den Zersetzungsprozeß des liberalistischen Systems weitertreibt. Deutschland hat die faschistische Umwälzung bereits hinter sich. Der Liberalismus, der die gesellschaftliche Gruppenbildung nach parteipolitischen und wirtschaftlichen Interessen ermöglichte, ist beseitigt und an seine Stelle ein Staatswesen der straffesten Machtkonzentration getreten, um zwischen allen Schichten der Gesellschaft die nationale Einheit herzustellen. Das neue Prinzip ist die Gleichschaltung des gesamten gesellschaftlichen Lebens unter eine allein gültige Idee, die durch die politische Herrschaft einer einzigen Partei verkörpert wird. Diese absolute Idee setzt den Willen der Staatsführung gleich mit den Interessen des Volkes, um alle in andere Zielrichtung gehenden sozialen Bestrebungen als staatsfeindlich rücksichtslos ausschalten zu können. Ob es sich nun um Gewerkschaftswesen ("Arbeitsfront") Justiz, Presse, Kunst, Wissenschaft, Kirche oder Bildungswesen handelt: Überall sehen wir diese nationalistische Uniformierung. Dieser ganze Umgestaltungsprozeß mit seiner vielfachen Ausstrahlung ist nichts Anderes, als die Schaffung eines der staatskapitalistischen Wirtschaftsbasis entsprechenden Überbaus faschistischer Art, denn jede ökonomische Struktur der Gesellschaft bedingt eine ihr eigentümliche, politische Herrschaftsform. S o g e h t i n t e r n a t i o n a l d i e E n t w i c k l u n g ö k o n o m i s c h z u m S t a a t s k a p i t a l i s m u s , p o l i t i s c h z u m F a s c h i s m u s , a l s d e m g e s e l l s c h a f t l i c h e n Ü b e r b a u . Die faschistische Methode beruht im Aufbau eines Staates, der von der unbeschränkten Diktatur einer einzigen Partei repräsentiert wird (Herrschaft der absoluten Idee, T o t a l i t ä t d e r N a t i o n), demzufolge Ablösung der formalen Demokratie

Gehirne zur Militarisierung der Gesellschaft, Gleichrichtung der proletarischen Klasseninteressen also Erdrosselung jeder legalen Kampfbewegung des revolutionären Sozialismus.

Auch Sowjetrußland befindet sich politisch und ökonomisch auf der gleichen Ebene. Die Gesellschaft ist hier ebenfalls dem Prinzip des totalen Staates unterworfen, alle marxistische Terminologie der bolschewistischen Machthaber kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Aufrichtung eines Parteimonopols in jedem Falle eine politische Diktatur über die Arbeitermassen bedeutet. Ferner steht die russische Staatswirtschaft, deren Grundlage ja die Lohnsklaverei ist, in keinem ökonomischen Gegensatz zum italienischen Faschismus und zum deutschen Nationalsozialismus, denn die Abschaffung des Privateigentums hat an sich noch nichts mit Kommunismus zu tun. Die Beibehaltung der Lohnarbeit in der "sozialistischen Planwirtschaft" der Sowjetunion bestätigt nur, daß das "sozialistische Endziel" der alten Arbeiterbewegung identisch ist mit dem historischen Ablauf der Bourgeois-Periode zum Staatskapitalismus. Der Weg zur klassenlosen Gesellschaft wird gerade durch die Lohnarbeit versperrt, und nur die Aufhebung der Lohnsklaverei öffnet ihn erst. So beweist das sowjet-russische System eindeutig, daß der Staatskapitalismus auch unter "kommunistischer" Parteifahne bestehen kann.

Der Nationalsozialismus repräsentiert in Deutschland die faschistische Aera des Kapitalismus. Er forciert mit planwirtschaftlichen Anweisungen und direkten Eingriffen in den Produktionsprozeß den staatskapitalistischen Umbau. Die dafür notwendige Zusammenschweißung aller Gesellschaftsschichten erfolgt unter der Parole "Gemeinnutz vor Eigennutz" und wird mit den Mitteln einer terroristischen Parteidiktatur durchgeführt. Die wirtschaftliche und politische Umgestaltung leidet natürlich unter dem Widerstand konservativer und kleinbürgerlicher Gruppen, die teils ihre alten Machtpositionen verteidigen, teils die Erfüllung der utopischen Propagandalosungen des N.S.-Programms verlangen. Aber die Neuausrichtung, die ja kein einmaliger Akt ist, wird sich trotz aller auftretenden Schwierigkeiten durchsetzen, weil sie im Interesse des Fortbestehens der kapitalistischen Gesellschaftsordnung selbst liegt. Von entscheidender Bedeutung dabei ist für das Hitler-Regime vor allem die nationalpolitische Frage der militärischen Bereitschaft Deutschlands in einem künftigen Kriege, dessen riesig gesteigerten technischen Bedürfnisse die Wirtschaft vor ungeheure Anforderungen stellen werden. Hier ist eine staatliche Wirtschaftsführung insofern notwendig, als dadurch schon im Frieden unter Beiseiteschiebung privatkapitalistischer Sonderinteressen die einheitliche Organisation aller für die Kriegsbereitschaft ausschlaggebenden Produktionszweige möglich ist. Wie die moderne Kriegstechnik den Unterschied zwischen Front und Hinterland aufhebt, so erfordert sie auch die Formierung der ganzen Nation als militarisierte Gemeinschaft. Die N.S.-Regierung hat es sich gerade zur Aufgabe gemacht, das ökonomische Fundament für die totale Mobilmachung des Dritten Reiches im Kriegsfalle zu schaffen. Ein weiteres Kennzeichen der staatskapitalistischen Entwicklung und typischer Ausdruck des Krisendilemmas ist die schon erwähnte Tendenz zur Bildung eines europäischen Großraumwirtschaftsblockes, der den Terrainverlust auf den zusammengeschrumpften Weltmärkten ausgleichen soll durch ein System neuer Handelsbeziehungen.

einen ökonomischen Fortschritt gegenüber der kapitalistischen Anarchie bedeutet, hat an sich mit Sozialismus nichts zu tun. Sie bezweckt ja einerseits in erster Linie die Stabilisierung des Kapitalismus in der gegenwärtigen Krisenzeit der sinkenden Profitrate, wo der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignungsweise zum gewaltsamen Ausdruck kommt als verheerende Stockung des Warenumlaufs und damit der Mehrwertbildung. Andererseits dient die faschistische Diktatur der staatskapitalistischen Aera vornehmlich zur politischen Fesselung der lebendigen und größten Produktionskraft, der Arbeiterklasse. Jedoch mit der Überführung der wesentlichen Wirtschaftsunternehmungen in Staatskontrolle - bedingt durch die Vergesellschaftung des Reproduktionsprozesses - erreicht der Kapitalismus die letzte Phase seiner Entwicklung; denn in dem Maße, wie die staatliche Leitung der Produktion die privatkapitalistische Wirtschaftsform verdrängt, wird der moderne S t a a t zum ideellen Gesamtkapitalisten, d.h. zum U n i v e r s a l - S y s t e m d e r A u s b e u t u n g , Sie einst die Konzentration des Kapitals die ökonomische Selbstständigkeit der Mittelschichten vernichtete, so geht es in der staatskapitalistischen Periode der Bourgeoisie selbst: Sie erweist sich nun

> "als überflüssige Klasse, all ihre gesellschaftlichen Funktionen werden jetzt erfüllt durch besoldete Angestellte..." (Fr. Engels)

D i e A e r a d e s S t a a t s k a p i t a l i s m u s i s t s o m i t e i n e g e s c h i c h t l i c h e V o r s t u f e d e r s o z i a l i s t i s c h e n G e s e l l s c h a f t s o r d n u n g .

Die Stellung der alten Arbeiterbewegung

Das Proletariat muß von den ökonomischen Tatsachen ausgehen, um seine geschichtliche Aufgabe zu begreifen. Die alten Arbeiterbewegung und auch revolutionäre Organisationen haben die kapitalistische Entwicklung unter falschen Voraussetzungen gesehen. Im allgemeinen wurde der Monopolkapitalismus als Endphase, d.h. schon als Übergangsstadium zum Sozialismus betrachtet. Man übersah hier - besonders die opportunistischen Arbeiterführer - die Notwendigkeit der staatskapitalistischen Umformung, die in ihrer Grundtendenz bereits von Marx-Engels aufgezeigt wurde. Aufgrund ihrer unvollständigen Analyse der kapitalistischen Entwicklungsmöglichkeiten hatte das Aktionsprogramm der alten Arbeiterbewegung im wesentlichen folgende Hauptlosungen: Planwirtschaft statt planlose Produktionsweise, Verstaatlichung statt kapitalistisches Privateigentum, kollektiver Lohnvertrag statt individueller Lohn, Wirtschaftsdemokratie statt privatkapitalistische Verfügungsgewalt. Die Durchführung dieser Punkt (die bekanntlich teilweise erreicht wurde) verändert gewiß sichtbar das äussere Bild der Gesellschaft - aber das innere Gesetz des Kapitalismus hebt sie nicht auf, denn das kapitalistische Generalprinzip - die L o h n a r b e i t - wird beibehalten! Die Lohnsklaverei jedoch ist das H e r z s t ü c k der kapitalistischen Produktionsweise, ob deren Form nun privatwirtschaftlich oder staatswirtschaftlich ist. In der Lohnarbeit beruhen die Ausbeutung des Menschen, die Produktion von Mehrwert (Profit) und schließlich der Krisenmechanismus des Kapitals. Der in den Wirtschaftskrisen immer wieder zum Ausdruck kommende Widerspruch zwischen Konsumtion und gesellschaftlicher Produktion ist bei Fortbestehen des Lohnsystems niemals zu lösen, da

die durch die Lohnarbeit bedingte kapitalistische Aneignung der Produkte, die verhindert, daß bei dem durch die Ausbeutung niedrig gehaltenen Standard der Massenkaufkraft die überschüssigen Waren abgesetzt, d.h. in Kapital verwandelt werden können. Solange die Lohnsklaverei herrscht, besteht die Kapitaleigenschaft der Produktionsmittel und Produkte, solange existiert auch die Krisenquelle des unheilvollen Grundwiderspruchs zwischen Produktion und Absatzmöglichkeit und darum sind wirtschaftliche Katastrophen unvermeidlich - in einer staatskapitalistischen Ordnung ebenso wie unter der Herrschaft des Privatkapitals!

In Verkennung der ökonomischen Entwicklungslinie des Kapitalismus erstreckt sich die Kritik der alten Arbeiterbewegung deshalb nur auf reine Negation der bestehenden Verhältnisse, ohne die positive Aufhebung dieser Negation anzustreben. Entsprechend der These, daß die monopolkapitalistische Phase ein Hineinwachsen in den Sozialismus bewirkt, war ihre gesamte Politik ausschließlich auf Reformen gerichtet, "Staatssozialismus" war die höchste Weisheit, während doch erst die Abschaffung des Lohnsystems jedes Ausbeutungsverhältnis aufhebt. Denn die Verstaatlichung der Profitwirtschaft befreit die Gesellschaftlichen Produktivkräfte ebensowenig von ihrer Kapitaleigenschaft wie vorher die Monopolisierung; Aufhebung des Privateigentums und moderner Sozialismus sind daher keineswegs identisch, wie heute die staatskapitalistische Entwicklung anschaulich beweist. Auch im Staatskapitalismus sind die produzierenden Massen von den Produktionsinstrumenten getrennt, die Arbeiter bleiben nach wie vor Lohnsklaven, Proletarier. Ihre Ausbeutung wird nun vom Staat selbst, d.h. von der an der Macht befindlichen Partei- und Wirtschaftsbürokratie, vollzogen.

> "Das Kapitalverhältnis wird nicht aufgehoben, es wird vielmehr auf die Spitze getrieben. Aber auf der Spitze schlägt es um. Das Staatseigentum an den Produktivkräften ist nicht die Lösung des Konfliktes, aber es birgt in sich das formelle Mittel, die Handhabe der Lösung. Diese Lösung kann nur darin liegen, daß die Gesellschaft offen und ohne Umwege Besitz ergreift von den jeder anderen Leitung ausser der ihrigen entwachsenen Produktivkräften. Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die kapitalistische Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über den Produzenten." (Fr.Engels)

Denn durch diesen revolutionären Akt der Abschaffung der Lohnsklaverei verliert die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und damit der Kapitalismus seine ökonomische Basis und xxx jetzt kann ein richtiges Verhältnis der Produzenten xxx zum Produkt und zu den Produktionsmitteln hergestellt werden. **D i e A b s c h a f f u n g d e s L o h n s y s t e m s i s t s o m i t d a s H e r z s t ü c k e i n e r w i r k l i c h s o z i a l i s t i s c h e n R e v o l u t i o n !**

Weil die alte Arbeiterbewegung von falschen Voraussetzungen ausging, mußte sie auch zu einer falschen Praxis kommen. Reform statt Revolution, Rückfall in kleinbürgerliche Ideen, in Nationalismus usw. Die Hauptlosungen bestanden vor allem nur in Veränderungen der Attribute "kapitalistisch" in "sozialistisch" der Kapitalzweck der Produktionsweise blieb derselbe, nur der Name war gewechselt. So übernahm die alte Arbeiterbewegung faktisch die Weiterentwicklung des Kapitalismus als Aufgabe und Ziel des sozialen Kampfes, und wurde damit zum Schrittmacher

Kontrast zeigt sich ebenso deutlich in der Beurteilung der gegenwärtigen Situation. Man überträgt fast schematisch die alte Praxis auf die neuen Verhältnisse und reagiert nur ganz oberflächlich auf die notwendigsten Erfordernisse. Z.B. geht die offizielle sozialdemokratische Einschätzung der innerpolitischen Lage dahin, daß die Hitlerdiktatur durch innere Zersetzung schon "gründlich erschüttert" sei. Das ist ein verhängnisvoller Trugschluß, der daraus resultiert, daß momentane Schwierigkeiten als absolute Krise der nationalsozialistischen Staatsformung betrachtet werden. Angesichts der faschistischen Machtkonzentration ist es doch offensichtlich, daß erst durch den proletarischen Massenaufstand eine ausweglose Situation für das N.S.-Regime geschaffen werden kann, aber niemals durch die reaktionären Illusionen bürgerlicher Oppositionen. Die sozialdemokratische Führung muß ja selbst eingestehen, daß nach dem 30. Juni 1934 "die Hoffnungen, die auf bürgerliche und militärische Kreise gesetzt wurden, als Illusionen sich erwiesen haben." Ähnlich verhält es sich außenpolitisch mit der Behauptung von der fast "völligen Isolierung Deutschlands", während tatsächlich doch gerade die Rüstungsfrage auf eine europäische Neuregelung mit Einschluß Deutschlands hindrängt. Allgemein läuft die Politik der SPD auf eine Wiederherstellung des Weimarer Systems hinaus; also nicht Vorwärtstreiben, sondern Rückschalten der geschichtlichen Entwicklung. Hinter ihrer Parole "Kampf gegen Hitlerdiktatur" verbirgt sich nur die Unfähigkeit, das eigentliche Wesen des Kapitalismus (Lohnarbeit-Ausbeutung!) zu begreifen und eine prinzipielle Scheidelinie zwischen Sozialismus und Staatskapitalismus zu ziehen. Denn die "Freiheit", die sie erstrebt, ist nichts Anderes, als die Fortentwicklung der Lohnsklaverei unter staatssozialistischer Flagge. Ihre Einheitsfrontpropaganda dient deshalb nur zur Ablenkung der Massen vom ideologischen Bankrott des Reformismus und darüber hinaus zur Wiederbelebung der toten II. Internationale. Objektiv führt die wirklichkeitsferne Politik der Sozialdemokratie zur Schwächung des Proletariats, weil sie die klassenmäßige Neuformierung der Arbeiter hemmt.

Auf die KPD trifft im wesentlichen dasselbe zu. Allerdings sind ihre Fehler in Vergangenheit und Gegenwart schwerer zu erkennen, weil von den meisten Arbeitern rein gefühlsmäßig Stellung zur KP genommen wird. Man muß jedoch bedenken, daß selbst die Fehler der Sozialdemokratie im Anfang (d.h. vor Jahrzehnten) nicht sofort erkennbar waren. In ihrer fünfzehnjährigen Vergangenheit seit dem Hinauswurf der linksradikalen Proletarier 1919/20 hat sie nie einen grundsätzlichen Bruch gegenüber dem Reformismus vollzogen. Sie war ideologisch noch zu stark mit den reformistischen Traditionen belastet, um für den modernen Arbeiterkampf neue Erkenntnisse formen zu können und als Bahnbrecher einer selbständigen Klassenpolitik des Proletariats zu wirken. Die an inneren Krisen reiche Geschichte der KPD ist ein ständiges Schwanken zwischen sprunghaft wechselnden Thesen, die allzu oft den objektiven Verhältnissen und Kampfbedingungen widersprechen. Das ist auch noch der Fall mit dem faschistischen Umsturz in Deutschland. So wurde 1933 die internationale Lage von der KP-Führung folgendermassen eingeschätzt:

Verschärfung der Weltkrise, drohender Weltkrieg und demgemäß Entwicklung einer akut revolutionären Situation. 1934 aber wies Stalin vor dem 17. Parteitag der Bolschewiki nach, daß der Weltkapitalismus den "Tiefpunkt seines Niedergangs überschritten" habe und eine Stagnation der Krise eingetreten sei. 1935 gilt dementsprechend für die KPD die These " keine

lage während der letzten zwei Jahre politisch durch solche umwälzenden Ereignisse verändert worden, daß zwei grundverschiedene Thesen - wie obige - berechtigt wären. In der deutschen Frage sehen wir ebenfalls eine unklare Einschätzung der Situation durch die KPD-Führung. Über den Faschismus gibt das 13. Plenum des EKKI z.B. folgende Definition:

> "Der Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals."

Diese Definition ist mehr als ungenau mangelhaft, denn erstens spielt die Bankengruppe heute nicht mehr die führende Rolle im Monopolkapitalismus, weil sie durch die Finanzkatastrophe 1931 an selbständiger Macht viel verloren hat und seitdem vom Staat beherrscht wird. Zweitens wird vollständig übersehen die staatskapitalistische Grundtendenz des Faschismus, d.h. die aus der Krise geborene Notwendigkeit, Wirtschaft und Staat unter einheitlicher Führung zur Aktion zusammenzuschweißen. Der Faschismus erscheint damit nicht etwa als "eine über den Klassen stehende Macht", sondern indem er die historische Aufgabe der unfähigen privatkapitalistischen Bourgeoisie auf höherer Stufe fortsetzt, mit anderen Worten, indem er die alten Klassenschichtungen aufhebt und die Bourgeoisie durch die herrschende Partei- und Wirtschaftsbürokratie ablöst, wird das faschistische Regime zum gesellschaftlich mächtigsten Klasseninstrument des Kapitalismus. Der Faschismus ist mehr weit mehr als eine Herrschaftsmethode des Finanzkapitals, es ist das typische Diktatur-System in jenem Stadium der bürgerlichen Gesellschaft, wo deren eigene Entwicklungsgesetze den privatwirtschaftlichen Rahmen sprengt und staatskapitalistische Prinzipien nur allgemein durchsetzen. Da nämlich die liberalistischen Methoden gegenüber der Krise versagen, muß verraucht werden, durch staatliche Zentralisation der Wirtschaftslebens die Gefahr eines Zusammenbruchs der kapitalistischen Gesellschaft abzuwenden. Wer diese ökonomische Wurzel des deutschen Faschismus nicht sieht, kann nur zu einer halben Wahrheit gelangen. Das führt aber unvermeidlich zum Selbstbetrug der Arbeiter, wie beispielsweise die Prognose des Moskauer EKKI-Präsidiums vom 1. April 1933: "Daß die Faschisten nicht imstande sein werden, die Macht zu behaupten, haben wir gleich gesagt, als sie zur Macht kamen." Und der Komintern-Führer Manuilski hatte sogar zum Herbst 1933 entscheidende revolutionäre Auseinandersetzungen für Deutschland prophezeit..

Im Mai 1935 ist jedoch die KPD-Diktatur noch immer unterschätzt, trotz Ruhm-Effekte und anderer Differenzen. Auch mit der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht haben sich die Massen ruhig abgefunden. Solche falschen Voraussagen sind nur möglich, wenn der Faschismus nach dem alten politischen Ausstieben der liberalistischen Periode beurteilt wird. Auf der gleichen illusionären Linie liegt auch die andere Fehlerung der bolschewistischen Führung: "Hätte die Sozialdemokratie eine Einheitsfront mit den Kommunisten geschlossen, wäre sie wirklich gewillt gewesen, wenigstens um die Demokratie zu kämpfen, so wäre der Faschismus zum Rückzug gezwungen gewesen." Hier wird der KPD eine führende Rolle zugedacht, zu welcher sie absolut nicht fähig war. Die Leitung der KPD erklärt selbst nicht, warum die Sozialdemokratie nicht kämpfen könnte. Umso sinnloser ist es deshalb, eine Möglichkeit anzunehmen, die im krassen Widerspruch zu den objektiven Tatsachen steht, somit noch eine solche "Einheitsfront" ohne politische Selbständigkeit zu keinen positiven Ergebnis geführt hätte. Ganz abgesehen davon, daß es

bereits am 20. Juli 1932 erhalten.

Der grundsätzliche Fehler der bolschewistischen Taktik liegt darin, daß sie die parlamentarischen Kräfteverhältnisse ohne weiteres als Praxis des Kampfes gegen den Faschismus betrachtet hat. Unter Hinweis auf die hohen Zahlziffern der Arbeiterparteien - wobei die sechs Millionen KPD-Stimmen der Reichstagswahl vom November 1932 "als großer Erfolg" der "Massen-Mobilisierung für den revolutionären Kampf" bezeichnet werden, kehrt in den bolschewistischen Pressematerialien die Frage immer wieder: "Wenn die Sozialdemokratie mit der KPD die Einheitsfront hergestellt hätte, dann hätte Hitler geschlagen werden können ... usw." Daß dieses Bündnis von den Millionen Anhängern der beiden Parteien nicht geschlossen wurde, beweist doch nur, daß diese Massen trotz aller Einheitskomitees keine gemeinsamen Interessen hatten, daß also das parlamentarische Bekenntnis kein Gradmesser für den revolutionären Kampfwillen ist, sonst hätten doch die Arbeiter über die sabotierenden Instanzen hinweg den gemeinsamen Kampf aufgenommen. Aber der Machtkampf gegen den Faschismus ist eben nicht abhängig von "imposanten" Stimmenzahlen, sondern von der klassenmäßigen Formierung des Proletariats für revolutionäre Massenaktionen. Die Methoden der parlamentarischen Führerpolitik sind nicht die Methoden des revolutionären Kampfes, weil der Parlamentarismus gerade das notwendige Selbsthandeln der Arbeiterklasse verhindert. Deshalb vor allem das Versagen der proletarischen Massen gegenüber dem Faschismus, für das j e d e parlamentarische Arbeiterorganisation politisch v e r a n t w o r t l i c h ist. Die parlamentarische Arbeiterbewegung kann in günstigstem Falle nur ein Mittel zur Reformierung des bürgerlichen Staates sein, aber niemals eine Kampfbewegung zum gewaltsamen Umsturz kapitalistischer Gesellschaftsverhältnisse. Wenn Arbeiterpolitik auf parlamentarischer Basis treiben, heißt von den Voraussetzungen bürgerlicher Staatspolitik ausgehen. Dieser kapitalistisch-liberalen Plattform entsprechen die Parolen "Regierungswechsel", "Volksregierung" und schließlich auch die Losung "Thälmann oder Hitler". Das Proletariat kommt auf diesem Wege der parlamentarischen Führertaktik, d.h. auf dem Wege des Kampfes um die "Eroberung der kapitalistischen Staatsapparates" nicht zur Aufrichtung seiner Alleinherrschaft, wie das schmähliche Fiasko der sächsischen "Arbeiterregierung" 1923 eindeutig bewiesen hat. Mehr denn je gilt die von Marx formulierte große Lehre der Pariser Kommune:

> "Die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen."

Den antiproletarischen Charakter der parlamentarischen Politik finden wir auch in der bekannten KPD-Losung "Volksrevolution" (August 1930), deren Programm unter "Ausmerzung des proletarischen Klasseninhalts (proletarische Revolution, Diktatur des Proletariats) den Interessen des Kleinbürgertums angepaßt wurde", wie Kjatnitzki auf dem 13. Ekki-Plenum (Dezember 1933) feststellen mußte. Der widerstandslose Sieg des Faschismus ist darum gleichzeitig das vernichtende Urteil über Sozialdemokratie und Bolschewismus.

Die KPD bewegt sich mit ihren offiziellen Parolen auch heute noch auf der alten Ebene. In der "Saarfrage" hat sie sich um nationalistischen Abstimmungsrummel (für status quo) beteiligt anstatt auf die kapitalistische Lüge vom "Selbstbestimmungs-